

Antrag

**der Abgeordneten Birgit Stöver, Dennis Thering, Stephan Gamm,
Wolfhard Ploog, Dennis Gladiator (CDU) und Fraktion**

Betr.: Ausbildungen in Gesundheitsberufen attraktiver gestalten – Dem Beispiel der Nachbarbundesländer folgen, Schulgeldfreiheit JETZT gewähren und nicht erst nach den Sommerferien

Die Heilmittelbranche ist in Not und mit ihr die Patienten. Die Gründe hierfür sind vielschichtig und zum einen im Gehalt begründet. Aktuell verdienen Therapeuten wie Logopäden, Podologen oder Physiotherapeuten durchschnittlich 2 200 Euro brutto im Monat und damit deutlich weniger als Kranken- oder Altenpfleger. Starke Kostensteigerungen bei Miete (gerade in Hamburg) sowie verpflichtende, teure Fortbildungen erschweren den wirtschaftlichen Betrieb einer therapeutischen Praxis, auch bei ausgefülltem Patientenstand. Die Folge ist, dass nach einer von der Hochschule Fresenius durchgeführten Befragung von 984 Therapeuten (306 Physiotherapeuten, 433 Logopäden, 245 Ergotherapeuten) mehr als zwei Drittel nicht im erlernten Beruf weiterarbeiten, sondern in Lehre und Forschung abwandern oder sich beruflich weiterentwickeln wollen.

Umso dramatischer ist, dass es nun auch an Nachwuchs mangelt. 2017 haben mit 91 Absolventen 12,5 Prozent weniger ihren Abschluss zur Ergotherapie gemacht als noch 2013 (104 Absolventen); bei den Podologen waren es sogar fast 40 Prozent weniger (20 Absolventen 2017, 33 Absolventen 2013).¹ Diese Entwicklung verwundert nicht. Angehende Therapeuten an privat geführten Gesundheitsfachschulen müssen für ihre Ausbildung finanziell selbst aufkommen; teilweise 15 000 – 20 000 Euro, obwohl vergleichbare Berufsgruppen kostenlos studieren oder sich ausbilden lassen können. Die Folge: Die vorhandenen Therapeuten sind überlastet, viele Patienten warten monatelang auf notwendige Anwendungen; Hamburger Praxen haben oft mehr als 100 Personen auf ihrer Warteliste.

Auf Bundesebene hat das CDU-geführte Bundesgesundheitsministerium auf diese Dramatik reagiert und angekündigt, ab dem Jahr 2020 das Schulgeld an privat geführten Gesundheitsfachschulen abzuschaffen, um die Patientenversorgung langfristig zu sichern und die Arbeitsbedingungen von Physiotherapeuten, Logopäden, Ergotherapeuten sowie Podologen zumindest bezüglich der Nachwuchssituation zu verbessern. Die Eckpunkte hierfür werden bereits erarbeitet und bis Ende 2019 vorliegen.

In Hamburg hat sich die Lage auf Therapeuten- und Patientenseite derweil jedoch dramatisch zugespitzt; es droht eine Versorgungslücke; die ansässigen Praxen können dem zunehmenden Patientenstrom kaum noch gerecht werden. Hintergrund ist, dass in den direkten Nachbarbundesländern Schleswig-Holstein und Niedersachsen, aber auch in Bremen, Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg das Schulgeld an privaten Gesundheitsfachschulen bereits zum Jahresbeginn 2019 abgeschafft worden ist. Interessierte junge Menschen warten deswegen entweder noch bis 2020 mit ihrem Ausbildungsbeginn oder absolvieren ihre Ausbildung in anderen Bundesländern, in denen bereits Schulgeldfreiheit herrscht.

¹ https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschungKultur/Schulen/BeruflicheSchulen2110200177004.pdf?__blob=publicationFile, letzter Zugriff: 21.12.18.

Einen entsprechenden Antrag (Drs. 21/14323) der CDU-Fraktion, den Einstieg in die Schulgeldfreiheit aktiv zu planen, wurde am 26. September 2018 mehrheitlich mit den Stimmen der SPD und GRÜNEN von der Bürgerschaft abgelehnt. Auch die Möglichkeit, die Thematik in der Sitzung des Gesundheitsausschusses am 30. November 2018 zu diskutieren, wurde vertan. Der Gesundheitsausschuss wurde „*mangels Themen*“ abgesagt. Der am 22. November 2018 im Namen der „Therapeuten von Morgen – Hamburg“ veröffentlichte und von über 200 Betroffenen unterschriebene, offene Brief zur „Schulgeldfreiheit zum 01.01.2019 für Hamburg“ zeigt hingegen eindringlich, wie akut die Probleme sind und dass SPD und GRÜNE dieses wichtige Thema nicht länger zulasten der Menschen unter den Teppich kehren durften.

Es war daher erfreulich, dass die zuständige Hamburger SPD-Gesundheitsssenatorin dem monatelangen Druck kurz vor Weihnachten zumindest teilweise nachgegeben und am 21. Dezember 2018 in der Presse angekündigt hat, „*im ersten Halbjahr (2019) einen Plan zur Schulgeldfreiheit in Hamburg ab dem nächsten Ausbildungsjahr*“ vorzulegen.² Wenn es aber die Nachbar- und weitere Bundesländer schaffen, die Schulgeldfreiheit bereits seit dem 1. Januar 2019 zu gewährleisten, sollte dies für Hamburg auch möglich sein.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. im Rahmen seiner vom Präses der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz angekündigten Planung zur zukünftigen Finanzierung der Ausbildung in den Gesundheitsberufen in Hamburg zu konkretisieren und die Schulgeldfreiheit für alle Gesundheitsberufe in Hamburg nicht erst ab dem kommenden Ausbildungsjahr, sondern rückwirkend zum 1. Januar 2019 zu gewährleisten.
2. eine entsprechende Klausel zu verfassen, die die finanzielle Unterstützung der Gesundheitsberufe auf die Zeit begrenzt, bis die auf Bundesebene zu erarbeitenden Regelung hinsichtlich der Befreiung vom Schulgeld in Kraft tritt.
3. der Bürgerschaft bis zum 31. Mai 2019 hierüber zu berichten.

² <https://www.abendblatt.de/hamburg/kommunales/article216063097/Hamburg-bezahlt-jetzt-doch-die-Therapeuten-Ausbildung.html>, letzter Zugriff: 21.12.2018.